

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3666—3696, Telegramm-Nr.: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,00 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 12 Pf. Bestellsgeb.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): V. K.-W. Philipp, Berlin, Anzeigen-Preis: von Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: vom Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeigenteil] Nr 158

Freitag, 1. April 1932

Abend-Ausgabe

Gegen die Autarkie!

Steuerzahlen wie noch nie

Das dicke Ende in U.S.A.

Die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Der handelspolitische Ausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat seine Beratungen beendet. Das Ergebnis dieser Tagung ist eine kritisch scharfe Abgabe an alle Autarkiebestrebungen und Währungs-Experimente. Derselbe wird berichtet:

Als höchstes Lebensziel anzuerkennen, daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Aberrationsmaßnahmen des Auslandes zunehmend zu einer Verschärfung der Devisen-Situation führen muß, wenn auf einer Seite der Dienst für unser Auslandsverpflichtungen aufrechterhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Beförderung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.

Angedacht dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisen-Ersparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Ausfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen. Die weitest-gehende Mehrheit des handelspolitischen Ausschusses vertrat den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bestrebungen nicht gerecht wird. Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt. Dem Ziel einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Selbststoffe.

Der handelspolitische Ausschuss sieht auf dem Standpunkt, daß, sobald als möglich eine Abänderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Es vertrat im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso falsch wie etwa damit verbundene Währungs-experimente abzulehnen sind.

Bei schwebenden Devisenüberschüssen aus dem Export und gleichbleibender Belastung durch Kreditrückzahlungen und Güllatleistungen ist die Devisenreserve zweifelsfrei eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft. Auch soll nicht verkann werden, daß die Devisenzuteilung an die Importeure nicht schonend und für alle Warengruppen gleichmäßig immer weiter herabgedrückt werden kann. Unsere Rohstoffimporte sind bereits bis auf das Minimum herabgedrückt, das die verarbeitende Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe braucht. Aber andererseits wäre es äußerst bedauerlich, auf dem Versuchungswege, also durch eine handelspolitisch unkontrollierbare Devisenzuteilung, die Einfuhr reglementierter zu wollen. Gerade auf diesem

Wege ist es besonders schwer, Maßnahmen zu vermeiden, die Repressalien des Auslandes hervorzuheben und damit unsere Exporte schmälern. Und gerade das will der Reichsverband der Industrie doch ausdrücklich vermeiden sehen.

Man hat erwartet, daß die Spitzenvertretung der Industrie zum mindesten mit positiven Vorschlägen auf anderen Weil an die Devisenbewirtschaftung herantritt. Eine Reform des Stillhalteabkommens, insbesonders Ermäßigung der Zinsen ist zweifellos auch in industriellen Kreisen lebhaft diskutiert worden, doch konnte hier ansichend eine Einigung nicht erzielt werden. Vor allem aber ist es bedauerlich, daß der Industrieverband sich auf die Einfuhrfragen beschränkt und sein eigenes Arbeitsgebiet, die Ausfuhr, völlig außer acht gelassen hat.

Man kann gewiß in einer verdärrten Devisenreserve und dem damit verbundenen Einfuhrbeschränkung ein Mittel sehen, dem protektionistischen Ausland die Augen zu öffnen und einer Beteiligung der Zollmannen vorzuarbeiten. Aber damit allein ist es nicht getan. Die Weisheitsregel steht in einer schweren Kampfe um unser handelspolitische Rearbeitungen mit unsern westlichen Abnehmern und Lieferanten. Gerade hierüber hätte man gerne etwas vom Industrieverband gehört. Der fatalistische Hinweis auf die Emigration der überreichen Länder, auf die Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwerpunktes zum atlantischen auf den pazifischen Raum ist kein Gegenargument. Die Erfahrung hat gezeigt, daß gerade zünftigen hoch-industrialisierten Ländern besonders günstige Möglichkeiten für den Austausch von Spezialerzeugnissen bestehen. Auf die Rohstoffeigenheit, diese Möglichkeiten durch Zusammenarbeit mit kapitalreichen Ländern zu erschließen, muß immer wieder hingewiesen werden. Denn liegt die Entscheidung nicht bei Deutschland allein; auch haben wir jedoch alles Interesse daran, die eben beginnende Aktivität auf diesem Gebiete nicht einfließen zu lassen.

Erfreulich ist, daß die überwaltigende Mehrheit der deutschen Industrie klar erkannt hat, wie sehr unter heutiges Schicksal verknüpft ist mit unserer Stellung innerhalb der Weltwirtschaft. Lösung aus der Weltwirtschaft, „Autarkie“ bedeutet Verkümmern der Industrie und damit Verödung der Nation. Und mit derselben Bestimmtheit wird auch die Verhinderung abgewiesen, durch Währungs-experimente schwebende Entscheidungen zu schaffen, die nach kürzester Frist ins Gegenteil umschlagen würden.

Befragnis um den großen Protektor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 1. April

Der Stand der polnisch-französischen Beziehungen erweist in der polnischen Öffentlichkeit wieder, einmal lebhaftes Aufregung. Die Medienpresse weiß darauf hin, daß Polen in den ersten offiziiellen Beziehungen über den Plan Zarbinski für die Donau-Region nicht zufrieden ist. Die polnische Regierung hat erklärt, daß das polnische Außenministerium nicht fürsichtig und ebenfalls nicht erfolgreich genug agiert werden lie. Die bevorstehenden französischen Wahlen zeigen, so meint heute die national-demokratische „Agence Rencourts“, eine neue Wendung für die polnischen Beziehungen zu Frankreich, da sie leicht Erfolg der französischen Pläne zu bringen könnten, deren ganz außerpolitische Haltung Polen gegenüber noch kritisch ist.

Auch die polnische Presse spricht sich über die Aussichten eines Wohlwollens der französischen Wahlen und betont dabei die Hoffnung, aus dem dadurch ein gewisser Druck auf die innenpolitischen Verhältnisse bei den osteuropäischen Verbündeten Frankreichs erfolgen könnte.

Freie Zollmauer

Der „Times“-Korrespondent in Dublino meint, daß die Regierung des Irlands Freihandels beschließen habe, einen allgemeinen Zolltarif von 33 1/2 % auf alle Arten von Einfuhr-

waren zu legen, die im Freihandelsgebiet hergestellt werden können. Wenn es sich um Großbritannien und dem britischen Weltreich um die Wahrung zufolge eine „Vorzugsbehandlung von 8 1/2 % n. S. gegenüber „aus“ mit einem Zoll von 25 v. S. befaßt werden.

Außer einer Regierungsantitröberei, die Ministerpräsident de Valera kürzlich im Rundfunk für die in Amerika lebenden 11 Millionen Iren gehalten hat, wird die New-Yorker Rundfunkgesellschaft, wie sie lobend antwortet, noch weitere Beiträge des irischen Nationalführers in den Vereinigten Staaten übertragen.

Korruptionsprozess um die Bundesbahnen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Wien, 1. April

Deute begann das strafrechtliche Nachspiel eines Korruptions-schandaals bei der Österreichischen Bundesbahn, der letzterzeit außerordentliches Aufsehen erregte. Bei den Bundesbahnen war ein Scheinfirmen gebildet worden, das sogenannte „Schweizer Bank“, aus dem nicht nur unter anderem Spenden von vielen hunderttausend Schilling für den Jodel-Club gezahlt worden waren, sondern der auch für die damaligen Direktoren eine willkommene Vergrößerung ihrer Einkünfte darstellte. Der frühere Oberverwalter Joseph Raschak und der frühere Direktor Tausig werden jetzt auf Strafbefehl von 618.000 Schilling verurteilt, die sie sich ungesetzlich angeeignet haben sollen.

Als in jenen schwebsten Oktobertagen des Jahres 1929 an der New-Yorker Börse die Kurse zu stürzen begannen, als jene große Panik einbrach, die der amerikanischen Prosperität das Lebenslicht ausblies und der ganzen Welt eine Depressions-epidemie bescherte, hat man sich in Amerika kaum trauen lassen, daß damit auch das Ende der fröhlichsten und angenehmen Steuerzahlen eingeläutet wurde. Man hatte seine schweren Aktienverluste, gewiß, man hatte erhebliche Dividenden-aussälle, ja, man hatte untermäßig verringerte Erwerbsmöglichkeiten an allen Ecken und Enden. Doch aber in einem solchen Augenblick auch noch der Staat mit Währungsnot Steuererhöhungen an auf den Plan treten sollte, fohien jedem echten Amerikaner ganz unvorstellbar. Natürlich verstande denn auch Präsident Hoover noch im August 1930, also gut zehn Monate nach Ausbruch der Krise, daß er seinen Schwund besä, die für das letzte Steuerjahr beschlossenen Steuererhebungen wieder rückgängig zu machen, denn „ein Haushaltsdefizit sei nicht zu befürchten“.

Man würde dem amerikanischen Präsidenten unrecht tun, wollte man annehmen, daß er zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein klares Bild über den Ernst der Situation gehabt hätte. Er mußte natürlich möglich — und mußte es auch — daß der Börsenrückgang in Haushaltsplan sich erst auswirken würde, wenn die Steuern für 1930 einzuheben waren. Er mußte hoffen, daß der Haushaltsdefizit für 1931 die Einnahmen bei weitem übersteigen müßte, wenn nicht schon 1930 höhere Steuern beschlossn würden. Aber lo groß war die Macht der Gewohnheit — und die Amerikaner waren seit 1920 daran gewöhnt worden, daß ihnen der Kongreß jedes Jahr neue Steuererhebungen bescherte — daß selbst noch 1930 kein Politiker von Steuererhöhungen sprechen konnte, ohne nicht seine politische Zukunft zu gefährden. Schenden Auges mußte also die Regierung Hoover einen mühseligen Verhandlungsprozess durchlaufen, wobei entlichend für den Präsidenten und seine Mitarbeiter der Prozedur nur angehängt werden kann, daß die phologische Wirkung einer Antinöpfung von neuen Steuern auf die ersten, allerdings trügerischen Zeichen einer Wiederbelebung der Wirtschaft nicht visieren konnten und wollten. Sie mögen wirklich aufrichtig geglaubt haben, daß das Ende des Jahres 1930 einen Wirtschaftsumschwung bringen würde, der neue Steuern überflüssig machen würde.

Es war ein Glück für die amerikanische Regierung, daß sie für das Jahr 1929 eine einjährig befristete Einkommensteuer-Ermäßigung von einem Prozent durchgesetzt hatte, die automatisch im nächsten Jahr wegfallen mußte, wenn sie nicht ausdrücklich im Kongreß neu beschloffen wurde. Eine solche Maßnahme ist sogar so aus, als wollte der Kongreß trotz Krise auf Erneuerung dieser einjährigen Vergünstigung drängen. Denn aber ließ man in einer Stille die Zeit verstreichen. Trotz der beträchtlichen Mehrnahmen, die dadurch erzielt wurden, stieg aber das Haushaltsdefizit. Und — wie oft schon — das Schicksal mußte im Laufe weniger Wochen 1931 durchfallen lassen, daß das Defizit sich auf mehr 500, mehr 750 Millionen Dollar betrage. Heute halten sich die Schätzungen des Finanzministeriums, die sich in den Jahren der Prosperität immer durch äufreichte Genauigkeit auszeichneten, zwischen fünfzigtausend und anderthalb Milliarden Dollar. Und Bestimmen behaupten, daß es bis zum Jahresende auf zwei Milliarden Dollar angewachsen sein wird, wenn nicht Durchgreifendes geschieht.

Nun, das Durchgreifende ereignet sich in diesen Tagen, und allen guten Europäern steht das Herz still, wenn sie von den rasanten Umkehrungen der Steuerherrscha, die Amerika in diesen Tagen erlebt, hören. Gerade wir in Deutschland sind zu einigem an Akzeptanz gewöhnt, wir haben ja jahrelang, dem letzten erlitten, mehr als ein verlorener Krieg kostet und was Steuererperimente aus einem schweben, schwebend schwebenden Einkommen noch alles herauspressen können. Aber Amerika, das ja in solch schwamm, Amerika, das nicht nur keine Reparationen zu zahlen hatte, sondern sie empfangt, Amerika, das — um einmal die Sprache der Rechten zu reden — nicht von dem „System“ regiert wird, sondern dem Kapitalismus die Freiheit der freien Betätigungsmöglichkeiten gewährt und von dieser Freiheit das Beste zu erlösen, dürfte menschlich viel mehr schweben, mehr politisch aber doch schwere Entscheidungen bereiten. Denn wo bleiben alle politischen Argumente gegen das „System“, wenn plötzlich ein amerikanischer Kongreß, der unter 631 Abgeordneten und Senatoren noch nicht die Sozialisten, nicht einen einzigen Kommunisten ansammelt, eine Erb-